

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einleitung	1
1. Abschnitt: Die Aufgaben in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	1
2. Abschnitt: Erfassen der Aufgabe	2
A. Aktenvollständigkeit.....	2
B. Bearbeitervermerk.....	2
C. Lückenlose Aktenkenntnis.....	3
D. Feststellung des formell Beschuldigten.....	3
2. Teil: Das Gutachten	5
1. Abschnitt: Der materiellrechtliche Teil des Gutachtens	5
A. Gutachtliche Vorüberlegungen	5
I. Bildung von Tatkomplexen	5
II. Reihenfolge der Prüfung der Tatbeteiligten	5
III. Vorauswahl der Strafgesetze	6
IV. Reihenfolge der Deliktsprüfung	6
2. Abschnitt: Deliktsprüfung im Einzelnen – der hinreichende Tatverdacht	7
A. Einleitungssatz	8
B. Deliktsbezogene Verfolgungsvoraussetzungen und -hindernisse.....	9
I. Strafantrag oder besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	9
1. Strafantrag	9
a) Antragsbedürftigkeit des jeweiligen Delikts	9
b) Vorliegen eines Strafantrages	10
c) Antragsberechtigung	10
d) Form und Frist	10
2. Bejahung des besonderen öffentlichen Strafverfolgungsinteresses	11
II. Verjährung	12
1. Ermittlung der Verjährungsfrist	12
2. Verjährungsbeginn	13
3. Verschiebung des Verjährungseintritts unter Berücksichtigung von Ruhen oder Unterbrechung der Verjährung	13
III. Strafklageverbrauch und sonstige Fälle von Sperrwirkung für erneute Strafverfolgung	14
1. Sperrwirkungsfähige Entscheidungen	14
a) Umfassende Sperrwirkung	14
b) Sperrwirkung nur für erneute Verfolgung der Tat als Vergehen	15
c) Erneute Strafverfolgung schon bei Vorliegen neuer Tatsachen oder Beweismittel (sogenannte „nova“)	15

d) Keine Einschränkung für erneute Strafverfolgung	15
2. Persönliche Reichweite der Sperrwirkung	15
3. Prozessuale Tatidentität	15
IV. Die wichtigsten sonstigen Verfahrenshindernisse	17
C. Prüfung und Darstellung der materiell-rechtlichen Merkmale	18
I. Allgemeine Regeln	18
II. Streitstände in Assessorklausuren	19
D. Beweisbarkeit der einzelnen Deliktsmerkmale.....	21
I. Beweisbedürftige Tatsache	21
II. Beweismittel	22
1. Arten	22
2. Unmittelbarkeitsgrundsatz und Ersetzungsverbot in der StA-Assessorklausur	23
III. Beweisverbote	24
1. Systematik	24
a) Arten von Beweisverboten	24
b) Rechtsgrundlagen	24
c) Reichweite	25
d) Widerspruch des Beschuldigten	25
2. Beweisverwertungsfragen in StA-Assessorklausuren	26
a) Spezielle Beweiserhebungs- und Verwertungsverbote gegen- über zeugnisverweigerungsberechtigten Personen	26
b) Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Zwangsmitteln	26
aa) Körperliche Untersuchungen von Beschuldigten und Zeugen, §§ 81 a, c StPO	26
bb) Durchsuchung, §§ 102 ff., und Beschlagnahme, §§ 94 ff. StPO	29
cc) Überwachung des Fernmeldeverkehrs, §§ 100 a ff. StPO, Abhören in und außerhalb der Wohnung, §§ 100 c ff., 100 f. StPO	30
c) Verwertungsverbote von Äußerungen Beschuldigter	31
aa) Bei Vernehmungen	31
bb) Selbstbelastung von Beschuldigten außerhalb förmlicher Vernehmungen	34
cc) Vernehmungen unter Verletzung qualifizierter Belehrungs- pflichten	35
d) Verwertungsverbote bei Zeugenaussagen	36
aa) Keine Belehrung über das Schweigerecht	36
bb) Nachträgliche Berufung auf das Zeugnisverweigerungsrecht	36

cc) Keine Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht	38
dd) Verbote Vernehmungsmethoden	38
e) Verbot negativer Schlüsse	39
aa) Aussageverhalten Beschuldigter	39
bb) Aussageverhalten von Zeugen	40
IV. Beweiswürdigung	40
1. Kurze Beweiswürdigungen	41
a) Der Beschuldigte ist geständig und seine Einlassung steht im Einklang mit den vorhandenen Beweismitteln	41
b) Der Beschuldigte lässt sich nicht zu Sache ein oder bestreitet den Tatvorwurf; Beweismittel fehlen oder sind unergiebig	42
2. Komplexe Beweiswürdigungen	42
a) Einzelbewertung	42
b) Gesamtbewertung	45
V. Die strafrechtlichen Zweifelsregeln	48
1. In dubio pro reo	48
2. Postpendenz	49
3. Tatsachenalternativität (unechte oder auch gleichartige Wahlfeststellung)	50
4. Echte (oder auch ungleichartige) Wahlfeststellung	51
E. Konkurrenzen und Ergebnis der materiellen Prüfung	53
3. Abschnitt: Für die Abschlussverfügung relevanten Rechtsfolgen der Tat	53
A. Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbot.....	54
B. Einziehung gemäß §§ 74 ff. StGB	55
C. Verfall gemäß §§ 73 ff. StGB.....	56
4. Abschnitt: Der verfahrensrechtliche Teil des Gutachtens	57
A. Einstellung nach § 154 f StPO.....	58
B. (Teil-)Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	59
I. Selbstständige prozessuale Tat	60
1. Kein hinreichender Tatverdacht für einzelne Delikte derselben prozessualen Tat	60
2. Kein hinreichender Tatverdacht für eine prozessuale Tat insgesamt	61
II. Einstellungsbescheid und Rechtsmittelbelehrung, § 171 StPO	61
III. Einstellungsnachricht	62
IV. Belehrung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)	62
V. Aufhebung noch nicht erledigter Zwangsmaßnahmen	62

VI. Besonderheiten im Rahmen der (Teil-)Einstellung bei Privatklagedelikten, § 170 Abs. 2 StPO	63
1. Ausschließlich Privatklagedelikte	63
2. Privatklagedelikte und Offizialdelikte in einer prozessualen Tat	64
3. Privatklagedelikte und Offizialdelikte ohne Verletzteneigenschaft in einer prozessualen Tat	64
4. Mehrere prozessuale Taten	65
C. Anklage.....	65
I. Bejahung des besonderen öffentlichen Verfolgungsinteresses bei fehlendem Strafantrag	65
II. Bestimmung des zuständigen Gerichts	66
1. Sachliche Zuständigkeit	66
a) Zuständigkeit der Jugendgerichte	66
b) Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte	67
2. Örtliche Zuständigkeit	69
a) Verfahren gegen Erwachsene	69
b) Verfahren gegen Jugendliche	69
III. Beiordnung eines Pflichtverteidigers	69
IV. Haftanträge	71
1. Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen noch nicht inhaftierte Beschuldigte nach § 112 StPO	71
2. Anordnung der Fortdauer der Untersuchungshaft (§ 207 Abs. 4 StPO)	72
V. Mitteilungen nach der MiStra	72
VI. Fristen	73
3. Teil: Die Entschließung der Staatsanwaltschaft	74
1. Abschnitt: Die Abschlussverfügung	74
A. Funktionen und Inhalt staatsanwaltschaftlicher Verfügungen.....	74
I. Formale Erfordernisse	74
II. Verfügungsinhalte	74
1. Vermerke	74
2. Entscheidungen	74
3. Benachrichtigungen und Mitteilungen	74
4. Anordnungen	75
5. Bescheide und Schreiben	75
B. Inhalt und Form.....	75
I. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 154 f StPO	75

II. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	76
1. Einstellungsverfügung und -bescheid in Norddeutschland	77
2. Einstellungsverfügung und -bescheid in Bayern und Baden-Württemberg	78
C. Verfügung bei Erhebung der öffentlichen Klage (Begleitverfügung)	80
I. Inhalt der Begleitverfügung	80
1. Einleitungsvermerk	80
2. Abschluss der Ermittlungen	80
3. Fertigung der Anklageschrift in Reinschrift	80
4. Entwurf und Überstück der Anklageschrift	80
5. Fotokopie des Bundeszentralregisterauszugs zu den Handakten	81
6. Mitteilungen nach der MiStra	81
7. „U.m.A.“	81
8. Zusätzliche Anträge	81
9. Wiedervorlagefrist	81
II. Muster einer Begleitverfügung	82
1. Typische Begleitverfügung	82
2. Begleitverfügung mit (Teil-)Einstellung	82
a) Begleitverfügung in Norddeutschland	83
b) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Bayern	84
c) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg	85
2. Abschnitt: Die Anklageschrift	85
A. Funktionen und verfahrensrechtliche Bedeutung	85
I. Umgrenzungsfunktion	85
II. Informationsfunktion	85
III. Verfahrensrechtliche Bedeutung	85
B. Form und Inhalt	86
I. Anklagesatz	86
1. Kopf der Anklageschrift	87
2. Adressat der Anklage	87
3. Überschrift mit der Bezeichnung „Anklageschrift“	87
4. „Rubrum“	87
a) Angaben zur Person	88
b) Angaben zur Haft oder Unterbringung	89
c) Benennung des Verteidigers	90
5. Eingangsformel „wird/werden angeklagt“	90

6. Bezeichnung der Tat	90
a) Tatzeit und Tatort	90
b) Deliktsübergreifende Angaben	91
aa) Reifegrad jedes Angeklagten	91
bb) Täterschaftsformen und wechselnde Tatbeteiligung	92
c) Sonderfälle Tatsachenalternativität, Postpendenz, Wahlfeststellung	93
d) Konkurrenzen	94
7. Gesetzliche Merkmale der Tat	95
a) Nur die zur Last gelegten Tatbestandsmerkmale	95
b) Die einschlägigen Bestimmungen des Allgemeinen Teils	96
aa) Versuch, § 22 StGB	96
bb) Anstiftung und Beihilfe, §§ 26, 27 StGB	96
cc) Unterlassen, § 13	97
dd) Qualifikationen und Privilegierungen	97
ee) Vorsatz und Fahrlässigkeit	97
ff) Uneschriebene Tatbestandmerkmale und allgemeine Deliktsmerkmale	98
gg) Anschlussdelikte und Vollrausch	98
hh) Rechtsfolgennormen	99
8. Die Konkretisierung	101
a) Diebstahl im Zustand der verminderten Schuldfähigkeit, §§ 242, 21 StGB	101
b) Vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr § 316 StGB und Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	101
c) Mittäterschaft, § 25 Abs. 2 StGB, und mehrere gleichartige Straftaten	102
9. Angabe der verletzten Strafgesetze	102
10. Strafantrag und besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	103
II. Beweismittel	105
1. Angaben des Angeklagten, ggf. auch von Mitangeklagten	105
2. Zeugen	105
3. Sachverständige	106
4. Urkunden	106
5. Gegenstände richterlichen Augenscheins („Überführungsstücke“)	106
6. Beiakten	107
III. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	108
1. Zur Person	108

2. Zur Sache	109
IV. Der Antrag	111
V. Unterschrift	111
C. Besonderheiten der Anklageschrift in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg	113
4. Teil: Endkontrolle	119
5. Teil: Besondere Aufgabenstellungen	124
1. Abschnitt: Der Strafbefehl	124
A. Die Prüfung im verfahrensrechtlichen Gutachten	124
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen	124
1. Anwendung allgemeinen Strafrechts	124
2. Vergehen, die zur Zuständigkeit des Strafrichters, § 25 GVG, gehören	124
3. Rechtsfolgen des § 407 Abs. 2 StPO	124
4. Nichterforderlichkeit der Hauptverhandlung	125
II. Bestimmung der Rechtsfolge und Kostenentscheidung	125
III. Ergänzende Prüfungspunkte im verfahrensrechtlichen Gutachten	125
B. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls nach § 407 StPO	125
I. Die Abschlussverfügung	125
II. Form und Inhalt der Strafbefehls	127
2. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls	129
A. Das materielle Gutachten	129
I. Dringender Tatverdacht	129
II. Haftgründe	129
1. Flucht, § 112 Abs. 1 Ziffer 1 StPO	129
2. Fluchtgefahr, § 112 Abs. 2 Ziffer 2 StPO	130
3. Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs. 2 Ziffer 3 StPO	130
4. Schwerkriminalität; § 112 Abs. 3 StPO	131
5. Wiederholungsgefahr, § 112 a StPO	131
III. Verhältnismäßigkeit, § 112 Abs. 1 S. 2 StPO	132
B. Das Verfahrensrechtliche Gutachten	132
C. Form und Inhalt des Antrages auf Erlass eines Haftbefehls	132
3. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses, § 102 StPO	135
A. Das materiell-rechtliche Gutachten	135
I. Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat	135

II. Auffindungsvermutung	135
III. Verhältnismäßigkeit	136
B. Das verfahrensrechtliche Gutachten.....	137
C. Inhalt und Form des Antrages auf Erlass eines Durchsuchungs- beschlusses	137
Stichwortverzeichnis	141